

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# **RS Vfgh 1998/6/19 G408/97, G5/98, G7/98, G8/98, G9/98, G10/98, G11/98, G12/98, G13/98, G14/98, G19/9**

JUSLINE Entscheidung

⌚ Veröffentlicht am 19.06.1998

## **Index**

62 Arbeitsmarktverwaltung  
62/01 Arbeitsmarktverwaltung

## **Norm**

B-VG Art90 ff  
EMRK Art7  
VStG §5  
AusIBG §28 Abs6 idF AntimißbrauchsG

## **Leitsatz**

Verfassungswidrigkeit der im AusIBG idF des AntimißbrauchsG normierten Strafbarkeit des Auftraggebers (Generalunternehmers) wegen verbotener Ausländerbeschäftigung durch den Auftragnehmer (Beschäftiger) infolge Verstoßes gegen den Grundsatz der Unzulässigkeit von Strafen für fremdes Verhalten

## **Rechtssatz**

§28 Abs6 AusIBG idF des AntimißbrauchsG, BGBl. 895/1995, war verfassungswidrig.

Der Begriff der Strafe setzt als ein mit Tadel verbundenes Übel wegen schuldhafter Verletzung von Ver- oder Geboten der Rechtsordnung voraus, daß der Täter gegen eine ihn treffende Verhaltensregelung verstoßen hat. Der Grundsatz, daß strafrechtliche Verantwortlichkeit nur an eigenes Verhalten geknüpft sein darf, ist so selbstverständlich, daß er in den einschlägigen verfassungsrechtlichen Garantien (Art90 ff B-VG, Art6 und Art7 EMRK) unausgesprochen vorausgesetzt wird.

§28 Abs6 AusIBG in der angegriffenen (ursprünglichen) Fassung knüpft die Strafbarkeit des Auftraggebers (Generalunternehmers) an die Übertretung von Verboten, die einen anderen - den Beschäftiger - treffen. Unter der Voraussetzung, daß der Auftrag im Rahmen der Tätigkeit des Auftraggebers als Unternehmer erfolgt ist, soll er für ein Verhalten des Auftragnehmers (Beschäftigers) bestraft werden.

Der Gesetzgeber hat es unterlassen, Pflichten zu formulieren, deren Verletzung er dann unter Strafe stellen könnte. Aus dem von ihm möglicherweise stillschweigend vorausgesetzten Erfordernis des Verschuldens (§5 VStG) allein lassen sich keine Verhaltspflichten ableiten. Selbst wenn es aber möglich wäre, dem Anliegen des Gesetzgebers in dieser Richtung etwas zu entnehmen, könnte ein Zu widerhandeln gegen seine Absichten nicht strafbar sein.

Die Bedenken der antragstellenden Verwaltungssenate erweisen sich daher schon unter dem Gesichtspunkt der Unzulässigkeit von Strafen für fremdes Verhalten als begründet.

## **Entscheidungstexte**

- G 408/97,G 5/98,G 7-14/98 ua  
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 19.06.1998 G 408/97,G 5/98,G 7-14/98 ua

## **Schlagworte**

Strafrecht, nulla poena sine lege, Verwaltungsstrafrecht, Strafe, Schuld, Arbeitsrecht, Ausländerbeschäftigung

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VFGH:1998:G408.1997

## **Dokumentnummer**

JFR\_10019381\_97G00408\_01

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>